

STATUT DER INTERNATIONALEN BANK FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (MOSKAU, 20. JULI 1970)

Die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gemäß dem Abkommen zwischen den Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung der Volkswirtschaft der Mitgliedsländer der Bank und zur Ausdehnung ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern gegründet worden.

1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nachfolgend »Bank« genannt, organisiert und führt Verrechnungs-, Kredit-, Finanz- und andere Bankgeschäfte durch.

Artikel 2

1. Die Bank ist juristische Person und führt die Bezeichnung »Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit«.

2. Die Bank ist befugt:

a) Abkommen abzuschließen sowie alle anderen Geschäfte im Rahmen ihrer Zuständigkeit durchzuführen;

b) Eigentum zu erwerben, zu pachten und zu veräußern;

c) vor Gericht und Schiedsgericht zu klagen und verklagt zu werden;

d) auf dem Territorium des Landes der Niederlassung sowie auf dem Territorium anderer Länder Filialen und Agenturen zu eröffnen und Vertreter zu haben;

e) Instruktionen und Bestimmungen zu Angelegenheiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu erlassen;

f) sonstige Handlungen zur Erfüllung der durch das vorliegende Statut der Bank auferlegten Aufgaben vorzunehmen.

3. Die Bank haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem Vermögen. Die Bank haftet nicht für Verbindlichkeiten der Mitgliedsländer der Bank, ebenso wie die Mitgliedsländer der Bank nicht für Verbindlichkeiten der Bank haften.

4. Die Bank führt ein Siegel mit der Inschrift »Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit«. Die Filialen und Agenturen der Bank führen Siegel mit der gleichen Inschrift unter Hinzufügung der Bezeichnung der Filiale bzw. Agentur.

Geschäftssitz der Bank ist Moskau, UdSSR.

Artikel 3

Die Bank gewährleistet die Geheimhaltung der Geschäfte, Konten und Einlagen ihrer Kunden und Korrespondenten. Alle Amtspersonen und Angestellten der Bank sind zur Geheimhaltung der Geschäfte, Konten und Einlagen der Bank und deren Kunden und Korrespondenten verpflichtet.

II. Kapital und Fonds der Bank

Artikel 4

Die Bank besitzt ein Grundkapital und ein Reservekapital. Die Bank kann Sonderfonds besitzen.

Artikel 5

Das Grundkapital der Bank beträgt 300 Millionen transferable Rubel und wird durch Anteile in transferablen Rubeln gebildet. Auf Beschluß des Bankrates wird ein Teil dieses Grundkapitals in Gold und frei konvertierbarer Währung gebildet.

Jedes Mitgliedsland der Bank ist berechtigt, Anteile am Grundkapital der Bank (in transferablen Rubeln) auch in frei konvertierbarer Währung oder in Gold einzubringen.

Der Bankrat legt fest, wie und wann die Anteile am Grundkapital einzubringen sind.

Das Grundkapital der Bank dient zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten und wird für die im Statut vorgesehenen Zwecke verwandt. Das Grundkapital der Bank kann gemäß Artikel III des Abkommens erhöht werden.

Im Falle des Austritts eines Landes aus der Bank ist dessen Anteil zurückzuzahlen. Dabei werden die Verbindlichkeiten dieses Landes gegenüber der Bank vom Anteil abgezogen.

Bei einer Einstellung der Tätigkeit der Bank werden die Anteile und andere vorhandene Mittel der Bank nach Befriedigung der Gläubigerforderungen aus den Verbindlichkeiten der Bank abzüglich des Betrages zur Abdeckung der Verbindlichkeiten bei der Begleichung der gegenseitigen Ansprüche der Mitgliedsländer der Bank an die Mitgliedsländer der Bank zurückgezahlt und auf sie verteilt.

Artikel 6

Dem Land, das seinen Anteil am Grundkapital der Bank eingebracht hat, wird eine Urkunde zur Bestätigung und als Nachweis der getätigten Einzahlung ausgehändigt.

Artikel 7

Die Bank besitzt ein Reservekapital. Zeitpunkt, Höhe, Zweck und Verfahren der Bildung dieses Kapitals werden vom Bankrat festgelegt.

Artikel 8

Die Bank kann eigene Sonderfonds besitzen. Zweck, Höhe, Termine und Bedingungen für die Bildung und Inanspruchnahme dieser Fonds werden vom Bankrat geregelt.

In der Bank können auch Sonderfonds aus Mitteln interessierter Länder gebildet werden. Zweck, Höhe und Modus der Bildung und Inanspruchnahme dieser Fonds werden zwischen den interessierten Ländern und der Bank vertraglich geregelt.

III. Geschäfte der Bank

Verrechnungsgeschäfte der Bank

Artikel 9

Die Bank organisiert und realisiert mehrseitige Verrechnungen in transferablen Rubeln, die sich aus Handels- und anderen Geschäften ergeben.

Die Verrechnungen erfolgen über die Konten in transferablen Rubeln der Banken der Mitgliedsländer (nachfolgend bevollmächtigte Banken genannt), die bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. nach Vereinbarung mit ihr bei den anderen bevollmächtigten Banken eröffnet werden.

Die Zahlungen erfolgen durch die Bank im Rahmen der Mittel, die jede bevollmächtigte Bank auf den Konten in transferablen Rubeln besitzt.

Artikel 10

Die Bank kann für die von den Mitgliedsländern der Bank gegründeten internationalen Wirtschaftsorganisationen, Banken und anderen Organisationen sowie für Banken und Organisationen anderer Länder Konten in transferablen Rubeln eröffnen und über diese Konten nach dem von der Bank festgelegten Verfahren Verrechnungen durchführen.

Artikel 11

Die Bank nimmt nach den Grundsätzen, die der Bankrat festlegt, Mittel in transferablen Rubeln und in anderer Währung entgegen und legt sie an. Die Bank führt auch andere Bankgeschäfte durch. Die Durchführung der Geschäfte und die Eröffnung, Führung und Schließung von Konten bei der Bank erfolgen nach den vom Bankrat festzulegenden Prinzipien.

Kontoinhaber, die auf den Konten bei der Bank Mittel in transferablen Rubeln und in anderen Währungen besitzen, können über diese Mittel frei verfügen.

Artikel 12

Mittel in transferablen Rubeln, die auf den Konten bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit unterhalten werden, werden verzinst; die Höhe der Zinsen wird vom Bankrat festgelegt.

Artikel 13

Die Bank kann Verrechnungsgeschäfte im Zusammenhang mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben und der Kreditierung von Betrieben und anderen Objekten

durchführen, die von den interessierten Ländern gemeinsam gebaut, rekonstruiert und genutzt werden.

Artikel 14

Die Bank kann Verrechnungen in transferablen Rubeln auch mit Ländern durchführen, die nicht Mitglied der Bank sind. Der Modus und die Bedingungen dieser Verrechnungen in transferablen Rubeln werden vom Bankrat nach Vereinbarung mit den interessierten Ländern geregelt.

Artikel 15

Die Bank kann Schecks in transferablen Rubeln und anderen Währungen herausgegeben und Geschäfte mit diesen Schecks sowie mit Schecks anderer Banken durchführen. Auf Beschluß des Bankrates können andere Zahlungsdokumente herausgegeben werden.

Artikel 16

Die Bank kann Garantien für Zahlungsverpflichtungen von Banken der Mitgliedsländer, anderer juristischer sowie natürlicher Personen übernehmen.

Artikel 17

Die Bank kann mit Organisationen zusammenarbeiten bzw. sich an ihnen beteiligen, deren Tätigkeit mit den Aufgaben der Bank übereinstimmt.

Artikel 18

Die Bank schließt mit anderen Banken und internationalen Organisationen Vereinbarungen über den Modus der Verrechnungen und der Führung von Konten bei der Bank sowie Korrespondenz- und andere Verträge ab.

Kreditgeschäfte der Bank

Artikel 19

Die Bank gewährt den bevollmächtigten Banken Kredite. Die Kreditierung erfolgt zweckgebunden und unter der Bedingung der Rückzahlung der Kredite zu den vereinbarten Terminen.

Der Verwendungszweck, für den die Kredite bereitgestellt werden, und der Modus der Ausreichung, Sicherung und Tilgung der Kredite werden vom Bankrat bestimmt.

Die Bank kann auch den von den Mitgliedsländern der Bank gegründeten internationalen Wirtschaftsorganisationen, Banken und anderen Organisationen sowie Banken anderer Länder in Übereinstimmung mit den vom Bankrat festgelegten Prinzipien und Grundbedingungen Kredite gewähren.

Artikel 20

Zur Durchführung der Kreditgeschäfte stellt die Bank Kreditpläne auf.

Die Kreditpläne der Bank werden auf der Grundlage der Kreditanträge der bevollmächtigten Banken aufgestellt, die dabei von den Kennziffern der Volkswirtschafts- und Außenhandelspläne und der Handelsabkommen und Verträge ausgehen. In die Kreditpläne der Bank werden auch Kreditanträge der von den Mitgliedsländern der Bank gegründeten internationalen Wirtschaftsorganisationen,

Banken und anderen Organisationen sowie Kreditanträge von Banken anderer Länder einbezogen. Bei der Aufstellung der Kreditpläne stützt sich die Bank auch auf eigene Angaben und Berechnungen. Die Kreditpläne werden durch den Bankrat bestätigt. Beantragt die bevollmächtigte Bank eines Landes Kredite über die im Kreditplan vorgesehenen Beträge hinaus, dann prüft die Bank diesen Antrag und berücksichtigt dabei die von der bevollmächtigten Bank vorzulegenden Angaben über den Stand der Erfüllung der Handelsabkommen durch das betreffende Land und die anderen erforderlichen Unterlagen.

Artikel 21

Für aufgenommene Kredite bei der Bank zahlen die Kreditnehmer Zinsen; die Höhe der Zinsen wird vom Bankrat festgelegt.

Artikel 22

Die Tilgung der von der Bank gewährten Kredite erfolgt zum Fälligkeitstermin nach dem vom Bankrat festzulegenden Modus.

Artikel 23

Die Bank kann aus den von interessierten Ländern bereitgestellten Mitteln die Finanzierung der von den Mitgliedsländern der Bank gegründeten internationalen ökonomischen und anderen Organisationen durchführen.

Artikel 24

Die Bank kann Kredite und Anleihen in frei konvertierbaren und anderen Währungen auf der Grundlage von Abkommen gewähren und aufnehmen, die mit Banken und anderen Organisationen und Einrichtungen von Mitgliedsländern der Bank und Nichtmitgliedsländern abgeschlossen werden, und Depositen-, Arbitrage-, Wechsel-, Garantie-, Verrechnungs- und andere im internationalen Bankverkehr übliche Geschäfte in diesen Währungen sowie Geschäfte mit Gold durchführen.

IV. Verwaltung der Bank

Artikel 25

Verwaltungsorgane der Bank sind der Bankrat und das Bankdirektorium.

Der Bankrat

Artikel 26

Der Bankrat ist das höchste Verwaltungsorgan und übt die Gesamtleitung der Tätigkeit der Bank aus.

Der Bankrat setzt sich zusammen aus Vertretern aller Mitgliedsländer der Bank, wobei jedes Mitgliedsland der Bank ungeachtet der Höhe seines Anteils am Kapital der Bank eine Stimme hat.

Die Mitglieder des Bankrates werden von den Regierungen der Mitgliedsländer der Bank berufen.

Der Bankrat tagt sofern erforderlich, jedoch mindestens zweimal im Jahr.

Auf den Bankratstagungen führen die Vertreter der Mitgliedsländer der Reihe nach den Vorsitz.

Artikel 27

Die Beschlüsse des Bankrates werden einstimmig gefaßt. Die Geschäftsordnung des Rates wird vom Bankrat selbst festgelegt.

Artikel 28

Der Bankrat behandelt und entscheidet grundsätzliche Fragen, die die Politik und die Richtung der Tätigkeit der Bank bestimmen:

a) bestimmt die allgemeine Richtung der Tätigkeit der Bank bei der Herstellung von Geschäftsbeziehungen und der Zusammenarbeit mit den Banken der Mitgliedsländer und Banken anderer Länder, mit Finanz-, Bank- und anderen internationalen ökonomischen Organisationen sowie der Zusammenarbeit mit bzw. der Beteiligung an Organisationen, deren Tätigkeit den Aufgaben der Bank entspricht;

b) bestätigt auf Vorschlag des Bankdirektoriums die Kredit- und anderen Pläne der Bank, den Jahresbericht, die Bilanz und die Verteilung des Gewinns der Bank; bestimmt die Prinzipien für die Planung der Kredite und Mittel sowie für die Durchführung der Kredit- und anderen Bankgeschäfte; setzt die Höhe der Zinssätze für Kredite, Einlagen und laufende und andere Konten in transferablen Rubeln fest und legt die Struktur, den Stellenplan und den Haushaltsplan der Bank fest;

c) bildet eigene Sonderfonds der Bank;

d) ernennt den Vorsitzenden und die Mitglieder des Direktoriums der Bank;

e) ernennt die Revisionskommission der Bank, nimmt deren Berichte entgegen und faßt entsprechende Beschlüsse;

f) genehmigt die Eröffnung und Schließung von Filialen, Agenturen und Vertretungen der Bank;

g) nimmt die Berichte des Bankdirektoriums über dessen Tätigkeit entgegen und faßt entsprechende Beschlüsse;

h) entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder der Bank;

i) bestätigt die Vorschriften über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Bank;

j) übt andere Funktionen auf der Grundlage des Abkommens und dieses Statuts aus, die sich zur Erreichung der Ziele und zur Erfüllung der Aufgaben der Bank als notwendig erweisen.

Das Direktorium der Bank

Artikel 29

Das Bankdirektorium ist das Exekutivorgan und übt die unmittelbare Leitung der operativen Tätigkeit der Bank im Rahmen der ihm durch das Statut übertragenen Befugnisse und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bankrates aus.

Das Direktorium ist dem Bankrat gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Das Direktorium setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden und den Mitgliedern, die für die Dauer bis zu fünf Jahren aus Staatsbürgern aller Mitgliedsländer der Bank ernannt werden. Die Anzahl der Mitglieder des Direktoriums wird vom Bankrat festgelegt.

Bei zeitweiliger Abwesenheit des Vorsitzenden des Direktoriums werden dessen Geschäfte auf Beschluß des Direktoriums von einem der Mitglieder des Direktoriums wahrgenommen.

Bei der Ausübung ihrer Dienstpflicht handeln der Vorsitzende und die Mitglieder des Direktoriums als internationale Amtspersonen, die von den Organen und offiziellen Personen der Länder, deren Staatsbürgerschaft sie besitzen, unabhängig sind.

Artikel 30

Das Direktorium der Bank vertritt in Person seines Vorsitzenden bzw. anderer vom Direktorium bevollmächtigter Amtspersonen der Bank die Bank in allen Fragen und Angelegenheiten der Bank gegenüber offiziellen Personen, staatlichen und internationalen Organisationen und anderen juristischen Personen und bringt im Namen der Bank Ansprüche und Klagen vor Gerichten und Schiedsgerichten vor.

Das Direktorium der Bank kann durch eine Sondervollmacht Amtspersonen der Bank dazu ermächtigen, in seinem Namen zu handeln. Verpflichtungen und Vollmachten der Bank sind mit zwei Unterschriften, der des Vorsitzenden und eines Mitglieds des Direktoriums, und bei Abwesenheit des Vorsitzenden mit den Unterschriften zweier Mitglieder des Direktoriums, von denen das eine Mitglied mit der Vertretung des Vorsitzenden des Direktoriums beauftragt sein muß, oder anderer dazu vom Direktorium ermächtigter Amtspersonen der Bank rechtsgültig.

Artikel 31

Das Direktorium der Bank behandelt die Grundfragen der operativen Tätigkeit der Bank wie:

- a) Fragen, deren Entscheidung oder Bestätigung auf Grund des vorliegenden Statuts in den Zuständigkeitsbereich des Bankrates fällt, und bereitet die entsprechenden Materialien und Vorschläge zur Behandlung durch den Bankrat vor;
- b) Festlegung der Unterschriftenordnung für die Zahlungs- und Verrechnungsdokumente und die Korrespondenz im Namen der Bank, des Modus der Unterzeichnung und Ausstellung von Vollmachten im Namen der Filialen und Agenturen, der Vordrucke der Zahlungs- und Verrechnungsdokumente im Verkehr der Bank mit deren Kunden, der Zinssätze für Kredite, Einlagen und laufende und andere Konten in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bankrates, der Höhe der Spesen für die Erfüllung von Aufträgen der Kunden und Korrespondenten, der Verfahrensweise und Bedingungen für die Übernahme von Garantien durch die Bank sowie der Bedingungen für die Entgegennahme von Wechseln und anderer Zahlungsverpflichtungen zur Diskontierung bzw. als Sicherheit;

c) Kontrolle der Arbeit der Verwaltungen und Abteilungen der Bank, ihrer Filialen, Agenturen und Vertreter;

d) Fragen der Nutzung des Vermögens und der Mittel der Bank.

Zur Kompetenz des Direktoriums gehört auch:

– die Aufstellung der Kreditpläne der Bank und deren Vorlage zur Bestätigung durch den Bankrat;

– die Bestätigung der Instruktionen über den Modus der Abwicklung der Kredit- und anderen Bankgeschäfte nach den vom Bankrat festzulegenden Prinzipien;

– die Herstellung von Geschäftsbeziehungen zu Finanz-, Bank- und anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bankrates über die allgemeine Richtung der Tätigkeit der Bank auf diesem Gebiet mit nachfolgender Unterrichtung des Bankrates dazu;

– die Festlegung der Anzahl der Planstellen und der Höhe des Lohns für das Dienst- und technische Personal im Rahmen des vom Bankrat festzulegenden Lohnfonds für diese Zwecke.

Im Rahmen seiner Befugnisse ist das Direktorium der Bank berechtigt, dem Bankrat Vorschläge zur Beratung zu unterbreiten.

Die Geschäftsordnung des Direktoriums wird vom Direktorium selbst festgelegt.

Entscheidungen des Direktoriums der Bank werden protokollarisch festgehalten. Zur Durchführung der Entscheidungen des Direktoriums der Bank können Weisungen, Instruktionen und Vorschriften erlassen werden, die vom Vorsitzenden des Direktoriums bzw. in seinem Auftrage von einem Mitglied des Direktoriums unterzeichnet werden.

Artikel 32

Der Vorsitzende des Direktoriums leitet die Tätigkeit des Bankdirektoriums und trifft die zur Erfüllung der der Bank durch das vorliegende Statut übertragenen Aufgaben erforderlichen Maßnahmen.

Der Vorsitzende des Direktoriums:

a) verfügt in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Statut und den Beschlüssen des Bankrates über das gesamte Vermögen und die Mittel der Bank;

b) vertritt die Bank nach außen;

c) erteilt Weisungen und entscheidet in operativen Angelegenheiten der Bank;

d) unterzeichnet Verpflichtungen und Vollmachten im Namen der Bank in Übereinstimmung mit Artikel 30 des vorliegenden Statuts;

e) ernennt und entläßt Mitarbeiter der Bank, mit Ausnahme der Direktoren, die Mitglieder des Direktoriums der Bank sind, und legt in Übereinstimmung mit dem vom Bankrat bestätigten Stellen- und Haushaltsplan die Gehälter fest und zeichnet Mitarbeiter für besondere Leistungen aus;

f) übt andere Funktionen aus, die sich aus dem vorliegenden Statut und den Beschlüssen des Bankrates ergeben.

V. Organisation der Bank

Artikel 33

Die Bank hat Verwaltungen, Abteilungen, Filialen, Agenturen und Vertretungen, die in Übereinstimmung mit der vom Bankrat bestätigten Struktur der Bank gebildet werden.

Das Personal der Bank setzt sich aus Staatsbürgern der Mitgliedsländer der Bank in Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Bank zusammen.

Den Mitarbeitern der Bank werden zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Dienstpflichten Privilegien und Immunitäten entsprechend Artikel 40 des vorliegenden Statuts eingeräumt.

VI. Revision der Bank

Artikel 34

Die Revision der Tätigkeit der Bank beinhaltet die Überprüfung des Jahresberichtes des Direktoriums der Bank, der Kasse und des Vermögens sowie die Revision der Buchführung, Rechenschaftslegung und Geschäftsführung der Bank und deren Filialen und Agenturen, sie erfolgt durch die Revisionskommission, die der Bankrat auf zwei Jahre beruft und die sich aus dem Vorsitzenden der Revisionskommission und fünf Mitgliedern zusammensetzt.

Der Vorsitzende und die Mitglieder der Revisionskommission dürfen keine anderen Dienststellungen in der Bank bekleiden.

Die Gestaltung und das Verfahren der Revision werden durch den Bankrat festgelegt.

Artikel 35

Das Direktorium der Bank stellt der Revisionskommission alle für die Revision notwendigen Unterlagen zur Verfügung.

Die Berichte der Revisionskommission werden dem Bankrat unterbreitet.

VII. Streitigkeiten

Artikel 36

Ansprüche gegenüber der Bank können innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Entstehung des Rechtsanspruchs, geltend gemacht werden.

Artikel 37

Streitfälle der Bank mit ihrer Kundschaft aus den Mitgliedsländern der Bank werden vor einem Schiedsgericht verhandelt, das nach Vereinbarung zwischen den Seiten aus den bestehenden Schiedsgerichten ausgewählt oder neu gebildet wird.

Fehlt eine solche Vereinbarung, wird die Entscheidung des Streitfalles dem Schiedsgericht bei der Handelskammer des Landes der Niederlassung der Bank übertragen.

VIII. Privilegien und Immunitäten der Bank und ihrer Amtspersonen

Artikel 38

1. Das Vermögen der Bank und deren Aktiva und Dokumente genießen unabhängig von ihrem Lage- bzw. Aufbewahrungsort ebenso wie die Geschäfte der Bank Immunität gegenüber jeglichen administrativen und gerichtlichen Maßnahmen, es sei denn, daß die Bank selbst auf die Immunität verzichtet.

Die Gebäude der Bank sowie ihrer Filialen, Agenturen und Vertretungen sind auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank unverletzlich.

2. Auf dem Territorium der Mitgliedsländer der Bank

a) ist die Bank von allen zentralen und örtlichen direkten Steuern und Abgaben befreit. Diese Bestimmung findet keine Anwendung hinsichtlich der Zahlungen für kommunale und andere Dienstleistungen;

b) ist die Bank bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen des dienstlichen Bedarfs von Zöllen und Beschränkungen befreit;

c) genießt die Bank auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank alle Vergünstigungen hinsichtlich der Vorrangigkeit der Abfertigung, der Tarife und Gebühren im Post-, Telegraf- und Telefonverkehr, die in dem betreffenden Land diplomatischen Vertretungen gewährt werden.

Artikel 39

1. Die Vertreter der Länder im Bankrat genießen auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten folgende Privilegien und Immunitäten:

a) Immunität gegen Inhaftierung oder Festnahme sowie gerichtliche Verfahren wegen aller Handlungen, die sie als Vertreter begehen können;

b) Unantastbarkeit aller Unterlagen und Dokumente;

c) hinsichtlich des persönlichen Gepäcks die gleichen Zollvergünstigungen, die den Mitarbeitern gleichen Ranges der diplomatischen Vertretungen in dem betreffenden Lande gewährt werden;

d) Befreiung von persönlichen Pflichtleistungen und direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich der Geldbeträge, die den Vertretern von dem Land gezahlt werden, das sie berufen hat.

2. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem genannten Personenkreis ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt. Jedes Mitgliedsland der Bank hat das Recht und die Pflicht, auf die Immunität seines Vertreters in allen Fällen zu verzichten, wenn nach Meinung dieses Landes die Immunität die Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität keine Beeinträchtigung der Ziele darstellt, für die sie gewährt wurde.

3. Die Bestimmungen des Punktes 1 dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Beziehungen zwischen dem Vertreter und den Organen des Landes, dessen Staatsbürger er ist.

Artikel 40

1. Der Bankrat legt auf Vorlage des Direktoriums der Bank die Kategorien der Amtspersonen der Bank fest, auf die die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Der Vorsitzende des Direktoriums teilt den zuständigen Organen der Mitgliedsländer der Bank die Namen dieser Amtspersonen regelmäßig mit.

2. Bei der Ausübung ihrer Dienstplichten auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank

a) werden die Amtspersonen der Bank für alle Handlungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Amtspersonen begehen können, nicht gerichtlich oder administrativ belangt;

b) sind sie von persönlichen Pflichtleistungen und direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich des ihnen von der Bank gezahlten Gehalts befreit. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die Amtspersonen der Bank, die Staatsbürger des Landes der Niederlassung der Bank, ihrer Filialen, Agenturen und Vertretungen sind;

c) haben sie hinsichtlich des persönlichen Gepäcks Anspruch auf die gleichen Zollvergünstigungen, die den Mitarbeitern gleichen Ranges von diplomatischen Vertretungen in dem betreffenden Land gewährt werden.

3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden den Amtspersonen der Bank ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt.

Der Vorsitzende des Direktoriums der Bank hat das Recht und die Pflicht, auf die Immunität der Amtspersonen der Bank in allen Fällen zu verzichten, wenn seiner Meinung nach die Immunität die Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität keine Beeinträchtigung der Ziele darstellt, für die sie gewährt wurde. In bezug auf den Vorsitzenden und die Mitglieder des Direktoriums der Bank hat der Bankrat das Recht, auf die Immunität zu verzichten.

IX. Rechenschaftslegung

Artikel 41

Das Geschäftsjahr der Bank wird vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember gerechnet.

Die Jahresbilanzen werden durch das Direktorium in der vom Bankrat festgelegten Weise veröffentlicht.

X. Gewinnverteilung

Artikel 42

Der Gewinn der Bank wird nach Bestätigung des Jahresberichts auf Beschluß des Bankrates verteilt und kann zur Auffüllung des Reservekapitals und für andere Zwecke verwendet werden.

XI. Aufnahme neuer Mitglieder der Bank und Austritt aus der Bank

Artikel 43

Die Aufnahme neuer Mitglieder der Bank und der Austritt aus der Bank werden durch Artikel XIII und XV des Abkommens geregelt.

XII. Schlußbestimmungen

Änderungen des Statuts

Artikel 44

Jedes Mitgliedsland der Bank kann Anträge zur Änderung des vorliegenden Status stellen. Änderungen des Statuts der Bank werden im Einvernehmen aller Mitgliedsländer der Bank vorgenommen.

Einstellung der Tätigkeit der Bank

Artikel 45

Die Tätigkeit der Bank kann in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des dritten Absatzes von Artikel XV des Abkommens eingestellt werden. Die Mitgliedsländer der Bank legen die Fristen und das Verfahren für die Einstellung der Tätigkeit der Bank und die Liquidierung der Geschäfte der Bank fest.

Protokoll über den Charakter und die Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) haben,

in Anbetracht dessen, daß sich ihre Organe mit der Ausarbeitung einer Reihe von Problemen auf dem Gebiete der Währungs- und Finanzbeziehungen der Mitgliedsländer des RGW und der IBWZ beschäftigen und daß zwischen ihnen bereits eine Zusammenarbeit zu einigen dieser Fragen verwirklicht wird,

unter Anerkennung des beiderseitigen Interesses bei der Entwicklung und Vervollkommnung einer solchen Zusammenarbeit und geleitet von den entsprechenden Bestimmungen des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Abkommens über die mehrseitige Verrechnung in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Zusammenarbeit zwischen dem RGW und der IBWZ wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu Währungs- und Finanzfragen sowie zu Fragen des Außenhandels und anderen Fragen, wenn sie die Währungs- und Finanzbeziehungen der Mitgliedsländer des RGW und der IBWZ betreffen, verwirklicht.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit zwischen dem RGW und der IBWZ zu den in Artikel 1 des vorliegenden Protokolls genannten Fragen wird über die entsprechenden Ständigen Kommissionen und das Sekretariat des RGW einerseits und über den Rat und die Verwaltung der IBWZ andererseits verwirklicht.

Artikel 3

Die entsprechenden Ständigen Kommissionen des RGW und der Rat der IBWZ sowie das Sekretariat des RGW und die Verwaltung der IBWZ, indem sie in Übereinstimmung mit den Normativedokumenten des RGW und der IBWZ tätig werden und unter Berücksichtigung des Charakters der von ihnen behandelten Fragen, werden:

a) Maßnahmen ergreifen, die die Abstimmung der Arbeit der Organe des RGW und der IBWZ zu Fragen fördern, die von beiderseitigem Interesse sind und die eine gemeinsame Ausarbeitung erfordern sowie den notwendigen Kontakt bei der Vorbereitung von Unterlagen zu diesen Fragen unterhalten.

Zu diesen Zwecken werden die entsprechenden Organe des RGW und der IBWZ insbesondere sich gegenseitig über die von ihnen aufgestellten Pläne für das nächste Kalenderjahr und andere Zeiträume, die von beiderseitigem Interesse für den RGW und die IBWZ sind, informieren und das Verfahren, die Termine und den Umfang für die Ausarbeitung dieser Fragen abstimmen;

b) Protokolle (oder Auszüge aus ihnen) über die entsprechenden Sitzungen und Beratungen austauschen, auf denen Fragen von beiderseitigem Interesse gem. Art. 1 des vorliegenden Protokolls für den RGW und die IBWZ behandelt werden sowie mit beiderseitigem Einverständnis andere Unterlagen und Dokumente zu diesen Fragen austauschen, einschließlich der Unterlagen zu den Sitzungen und Beratungen im Rahmen der einen Seite, zu denen die Vertreter der entsprechenden Organe der anderen Seite eingeladen werden;

c) Anträge stellen, die durch die entsprechenden Organe der einen Seite zur Behandlung durch die entsprechenden Organe der anderen Seite vorbereitet werden, wobei die beiderseitige Teilnahme der Vertreter der entsprechenden Organe der beiden Seiten zu gewährleisten ist.

Artikel 4

Bei strenger Einhaltung der Bestimmungen der geltenden Normativdokumente des RGW und der IBWZ werden sich die entsprechenden Organe dieser Organisation gegenseitig Anträge hinsichtlich der Teilnahme ihrer Vertreter auf den Sitzungen und Beratungen zuleiten, die im Rahmen dieser Organisationen einberufen und auf denen Fragen von beiderseitigem Interesse behandelt werden.

Artikel 5

Der RGW und die IBWZ werden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, und die Vertraulichkeit der Dokumente und Informationen, die nicht veröffentlicht, aber von den Organen des RGW und der IBWZ ausgetauscht werden, zu gewährleisten.

Artikel 6

Sollten Fragen auftauchen, die mit der Verwirklichung des vorliegenden Protokolls verbunden sind, werden sie von den Vertretern des RGW und der IBWZ entschieden. Vertreter des RGW ist in diesem Zusammenhang der Sekretär des RGW, Vertreter der IBWZ - der Vorsitzende der Verwaltung der IBWZ.

Artikel 7

Das vorliegende Protokoll kann im gegenseitigen Einvernehmen der bevollmächtigten Vertreter des RGW und der IBWZ ergänzt oder geändert werden.

Dieses Protokoll kann von jeder Seite jederzeit gekündigt werden, wovon die eine Seite spätestens sechs Monate vorher die andere Seite in Kenntnis setzt.

Ausgefertigt in Moskau am 20. Juli 1970 in zwei Exemplaren in russischer Sprache.

[Quelle: Uschakow, Alexander (Hrsg.): Integration im RGW (COMECON).
Dokumente, Baden-Baden 21983, S. 225-239.]